

**Mag. Alexander Schallenberg**

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Parlament  
 1017 Wien

Wien, am 12. Juli 2024

GZ. BMEIA-2024-0.382.444

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, MA MLS, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. Mai 2024 unter der Zl. 18492/J-NR/2024 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Mittelallokation im Rahmen der Global Gateway Strategy“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

#### **Zu den Fragen 1 bis 7:**

- *Wie wird sich Österreich in die Global Gateway Strategy einbringen?*
- *Welche Strukturen wird es zur Entwicklung und Ausverhandlung geben und mit wem und mit welchem politischen Auftrag wird Österreich dort vertreten sein?*
- *War Österreich in die Entwicklung der oben beschriebenen Strategie, eine politische Schwerpunktverlagerung vorzunehmen, eingebunden?*  
*Wenn ja: In welchem Rahmen und durch wen? Welche Elemente hat Österreich dazu eingebracht? Welche hat es verhindert?*  
*Wenn nein: Warum nicht?*
- *Die Auswirkungen von Ungleichheit, Machtverhältnissen und undemokratischen Tendenzen auf das aktuelle Weltgeschehen werden im Dokument nicht erwähnt, obwohl die Abteilung Internationale Partnerschaften (GD INTPA), die für die Planung der Entwicklungspolitik der EU zuständig ist, in Form der SDGs und der Agenda 2030 klare Verpflichtungen eingegangen ist, die die Vielschichtigkeit der globalen Herausforderungen anerkennen. Gleichzeitig hat das Europäische Parlament die Europäische Kommission wiederholt aufgefordert, ihre Bemühungen um die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu verstärken. Zuletzt in einer*

*Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Juni 2023 zur Umsetzung und Verwirklichung der SDGs.*

*Wie stellen Sie sicher, dass der Vielschichtigkeit an Herausforderungen, die die SDGs widerspiegeln, auch in Zukunft Rechnung getragen wird?*

- *Laut dem geleakten Briefing plant die für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Generaldirektion der EU-Kommission im Rahmen der Global Gateway Strategy künftig vorrangig in wirtschaftliche Interessen in geopolitisch relevanten Regionen zu investieren. Dabei ist die Beseitigung der Armut nach wie vor das vorrangige Ziel der EU-Entwicklungspolitik, wie auch der neue Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik aus 2017 bekräftigt. Der wirtschaftsfreundliche Schwenk in der EZA-Strategie kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die absolute Armut global an einem Höhepunkt ist. Im Jahr 2020 lebten nach Prognosen der Weltbank auf der Erde rund 719 Millionen Menschen in extremer Armut - 2019 lag die Zahl bei 648 Millionen Menschen. Sie ist demnach innerhalb eines Jahres um rund 70 Millionen Menschen gestiegen, der höchste Zuwachs seit dem Jahr 1990.*

*Inwiefern halten Sie es für legitim, Geld, das für Nahrungsmittel für Kinder, die abends hungrig ins Bett gehen müssen, verwendet werden könnte, stattdessen in die Förderung von Rohstoffen zu investieren, die die Gewinnmarge europäischer Großunternehmen erhöhen und in weiterer Folge stattdessen den bereits hohen Lebensstandard von Aktionär:innen weiter verbessern?*

- *Die Global-Gateway-Strategie der EU ist ein öffentliches und privates Investitionsprogramm, mit dem zwischen 2021 und 2027 weltweit bis zu 300 Milliarden Euro an Investitionen mobilisiert werden sollen. Wie wird sichergestellt, dass Themen wie nachhaltige Landwirtschaft, Klimagerechtigkeit, Bildungschancen und Gesundheitsversorgung für alle, im vorgeschlagenen Strategieschwenk die Rolle spielen werden, die sie einnehmen müssen, um die kapitalistische Marktlogik einzudämmen und die Zuspitzung der Ungleichheit und der Verbreitung von extremer Armut aufzuhalten?*

*Wie wird sichergestellt, dass Einkünfte durch Gewinne und Steuereinnahmen, die durch die Global Gateway Strategy generiert werden, den Menschen in den Ursprungsländern der Rohstoffe zugutekommen?*

- *Derzeit legt die Global-Gateway-Strategie einen Schwerpunkt auf große Infrastrukturprojekte in afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern und stellt damit geopolitische Machtbestrebungen in den Vordergrund der Strategie. Es ist gemeinhin bekannt, welches Potenzial die Wirtschaft für die internationale Entwicklung birgt. Die Grenzen dieses Potentials liegen etwa in den ärmsten oder in fragilen Ländern, deren Märkte für Investor:innen unbedeutend sind, wohingegen EZA gerade für Einwohner:innen dieser Länder Zukunftsperspektiven schaffen kann.*

*Wie werden Sie im Rahmen des EU-Außenministerrats sicherstellen, dass die EZA der EU nicht zu einem Spielball kurzsichtiger Profit- und Machtbestrebungen wird, sondern die Interessen der Ärmsten zentral berücksichtigt?*

Die Global Gateway-Initiative wurde am 1. Dezember 2021 von der Europäischen Kommission gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik vorgestellt. Als Beitrag Europas zur Schließung der weltweiten Investitionslücken im Infrastrukturbereich verfolgt die neue Strategie das Ziel, wertebasierte, hochwertige und transparente Infrastrukturpartnerschaften zu schaffen und dabei sichtbarer als bisher als globaler Akteur wahrgenommen zu werden. Dabei sollen die EU und die EU-Mitgliedstaaten im Zeitraum 2021 bis 2027 gemeinsam bis zu 300 Mrd. Euro in nachhaltige und hochwertige Projekte investieren. Die strategische Ausrichtung von Global Gateway folgt der Erkenntnis, dass ohne Investitionen in Infrastruktur und Konnektivität die Ziele der Vereinten Nationen zur Nachhaltigen Entwicklung (SDGs) wie Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit, Wasser und Energieversorgung, nicht erreicht werden können. Die Investitionslücke zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen beläuft sich laut Zahlen der OECD auf knapp 4 Billionen USD. Es ist daher nur folgerichtig und im Interesse der EU sowie der Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit, durch öffentliche Finanzierungen Investitionen durch den Privatsektor sowie durch europäische und multilaterale Finanzinstitutionen und Entwicklungsbanken zu mobilisieren.

Österreich bekennt sich klar dazu, mehr Wirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) zu bringen. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in unseren Partnerländern ist Grundlage der Armutsbekämpfung. Die Kooperation mit Unternehmen bringt nicht nur wichtige Investitionen, sondern auch entscheidendes Know-how in die Partnerländer. Unsere bilaterale EZA wird dabei auch vermehrt als Landeplattform für die österreichische Wirtschaft genützt. Dabei werden die Aktivitäten der EZA verstärkt mit der österreichischen Privatwirtschaft und mit der Außenwirtschaftsförderung koordiniert.

Das europäische Modell einer verlässlichen Vernetzung in Partnerländern zielt darauf ab, langfristige Partnerschaften unter Wahrung und Förderung europäischer Werte aufzubauen. Die Global Gateway-Initiative wird dabei von sechs Grundsätzen geleitet: Demokratische Werte und hohe Standards, Verantwortung und Transparenz, Partnerschaften auf Augenhöhe, grüne und saubere Entwicklung, Schwerpunkt Sicherheit, sowie Mobilisierung von Investitionen des Privatsektors. Die Initiative steht im Einklang mit den Zielen der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Klimaschutzübereinkommen. Die geförderten Projekte müssen dabei ausdrücklich so konzipiert sein, dass sie nachhaltig und von hoher Qualität sind. Den Partnerländern und ihren Bürgerinnen und Bürgern sollen sie einen klaren Mehrwert bringen. Die Projekte werden daher gemeinsam mit den Partnern erörtert, um zu entscheiden, wie sie am besten vom Investitionsangebot der EU profitieren können. Dies soll sicherstellen, dass ihre notwendige Infrastruktur und Konnektivität tatsächlich verbessert sowie Synergien mit EZA-Projekten anderer Akteure geschaffen werden. Darüber hinaus ist Global Gateway ein wirkungsvolles Instrument, mit welchem aktiv die Abschaffung von Zwangsarbeit und die Förderung internationaler Arbeitsnormen in den Partnerländern vorangetrieben werden. Damit unterscheidet sich das Angebot der EU eindeutig von denen anderer Akteure, die nicht

nachhaltige Investitionspraktiken verfolgen und so die Empfängerländer oft in Abhängigkeit und Überschuldung treiben. Das kann nur funktionieren, wenn dabei auch die Bedürfnisse der Menschen vor Ort berücksichtigt werden.

Bei der Global Gateway-Initiative setzt sich Österreich für einen stärkeren Fokus auf den Westbalkan, die Östliche Partnerschaft und den Wiederaufbau der Ukraine ein. Bei dem Sektor Energie sprechen wir uns explizit gegen die Förderung von Nuklearenergie in diesem Zusammenhang aus. Diese Position wird regelmäßig in den zuständigen Ratsarbeitsgruppen, im Ausschuss der Ständigen Vertreter, im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee, in den informellen Treffen der für die EU-Entwicklungspolitik zuständigen Generaldirektoren sowie im Rat vertreten.

Mag. Alexander Schallenberg

